

Wahlprüfsteine der demokratischen Parteien zum Thema „Wo sehen Sie Verbesserungsbedarf bei den Bildungschancen sowie Angeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche?“

CDU/CSU:

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass jedes Kind und jeder Jugendliche entsprechend seinen Möglichkeiten von Anfang an gefördert wird - das gilt auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Denn der Grundstein für Aufstieg durch Bildung wird im frühen Kindesalter gelegt. Für uns gilt: Die Herkunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Daher werden CDU und CSU die Einrichtungen der frühen Bildung zu qualitativ hochwertigen Bildungsorten weiterentwickeln und so einen zentralen Beitrag leisten, um Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln. Damit dies gelingt, werden wir den Erwerb der deutschen Sprache so früh wie möglich fördern, insbesondere durch verbindliche, fortlaufende und standardisierte Diagnoseverfahren. Ab einem Alter von drei Jahren kommen verbindliche Sprachstands-Tests mit qualitativ wirksamen Sprachförderangeboten für alle Kinder hinzu. Zudem fördern CDU und CSU den Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen und stärken die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“, die auf beste Bildungschancen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler abzielt.

DIE GRÜNEN:

Bildung ist ein zentraler Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass alle neu ankommenden Migrant*innen und Geflüchteten von Anfang an ein Recht auf einen kostenfreien Zugang zu Sprach- und Integrationskursen haben. Das Recht auf Bildung, auf Zugang zu KiTas, Schulen und anderen Bildungsangeboten wollen wir unabhängig von Herkunft, Aufenthaltstitel oder Bleibeperspektive garantieren. Damit Schulen als wichtige Orte der Integration alle Schüler*innen unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltstitel bestmöglich fördern können, wollen wir das Recht auf hochwertige Ganztagsbildung im Grundschulalter umsetzen und dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Regionen oder Quartiere mit Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken. Durch die Umwandlung der Ausbildungsduldung in ein Ausbildungsbleiberecht verschaffen wir Menschen einen verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt und sorgen für die Betriebe für Planungssicherheit.

DIE LINKE

Ein schneller Einbezug der Kinder von Geflüchteten in die regulären Bildungssysteme bietet diesen die besten Bildungschancen. Dies muss gegebenenfalls ergänzt werden durch unterstützende Angebote, etwa beim frühzeitigen Deutsch-Spracherwerb, oder durch gesonderte Hilfen zur Überwindung bisheriger Bildungsbenachteiligungen, etwa wenn es für Kinder aus Kriegsgebieten zuvor keinen geregelten Unterricht gab. Das deutsche Bildungssystem weist leider eine enorm hohe soziale Segregation auf, d.h. dass die Bildungschancen der Kinder sehr vom sozialen Status und dem Bildungsstand ihrer Eltern abhängig sind. Geflüchtete Kinder haben es vor diesem Hintergrund besonders schwer.

Das sozial selektive Bildungssystem in Deutschland muss insgesamt viel durchlässiger werden und auf Chancengleichheit ausgerichtet werden, davon würden auch geflüchtete Kinder profitieren. Schulen bzw. Klassen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten Gruppen müssen besonders gefördert und personell und finanziell vergleichsweise stärker ausgestattet werden. Die kulturelle Vielfalt der in Deutschland aufwachsenden Kinder muss in den Lerninhalten und -formen entsprechende Berücksichtigung finden. Beim Lehrpersonal müssen interkulturelle Kompetenzen gestärkt und die Präsenz von Lehrkräften mit Migrations- oder Fluchtgeschichte (Vorbildcharakter) muss gefördert werden. Mit dem Menschenrecht auf Bildung unvereinbar ist, wenn Flüchtlingskinder gezwungen sind, mit ihren Familien in großen Massenunterkünften zu leben, keinen Zugang zum regulären Schulsystem haben und womöglich nur einen rudimentären Not-Unterricht erhalten auf dem Gelände einer solchen isolierten Einrichtung. Ohnehin gibt es unter diesen beengten Lebensbedingungen für Kinder keinen ruhigen Ort zum Lernen oder zum Hausaufgabenmachen. Oft gibt es auch kein WLAN, was in Zeiten der Pandemie nicht selten zum faktischen Ausschluss vom Schulunterricht führte. DIE LINKE ist (nicht nur) aus diesem Grunde für eine grundsätzlich dezentrale Unterbringung von Schutzsuchenden, möglichst in eigenen Wohnungen.

FDP:

Geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen bestmöglich gefördert werden. Es braucht ein Bildungsangebot, das insbesondere die deutsche Sprache und bei Bedarf die Alphabetisierung sowie Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in Mathematik, Gesellschaftslehre und Naturwissenschaften vermittelt und fördert. In der Praxis erweist sich oft der Start in einer Willkommensklasse mit einem schrittweisen Übergang in die Regelklasse als zielführend.

Zudem wollen wir Freie Demokraten den herkunftssprachlichen Unterricht an Schulen besser fördern. Darin sehen wir eine große Chance für die Verbesserung der Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten. Deshalb ermutigen wir die Schulen und Schulträger, verstärkt herkunftssprachlichen Unterricht anzubieten. Von den Ländern fordern wir klare und attraktive Rahmenbedingungen für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Dabei ist auch das Engagement Ehrenamtlicher besser zu nutzen und sind Lehr- und Lernwillige auch außerhalb des Schulbetriebs in Sprachkursen zusammenzubringen. Herkunftssprachlicher Unterricht hilft auch beim Erlernen der deutschen Sprache und ist damit ein Motor der Integrationspolitik.

Wir Freie Demokraten fordern zudem, dass jedes Kind mindestens ein Jahr vor der Einschulung an einem Deutschtest teilnimmt. Werden Sprachdefizite zum Beispiel durch Erzieherinnen oder Erzieher in Kitas und bei kinderärztlichen Untersuchungen früh erkannt, können sie auch frühzeitig durch zielgerichtete Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. So können wir jedem Kind gerechtere Startchancen verschaffen. Zudem fördern wir die altersgerechte Vermittlung von Fremdsprachen im Kindesalter durch entsprechende pädagogische Konzepte. Das Potential von Kindern, spielerisch Sprachen zu erlernen, wollen wir stärker fördern.

SPD:

Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung, um spezifischen Integrationsbedürfnissen besser gerecht werden zu können. Hierzu zählen mehr Sprachangebote ebenso wie soziales und diversitätsorientiertes Lernen. Das Sprach-Kitaprogramm des Bundes muss mindestens verdoppelt werden. Unserem Bildungssystem fehlen zudem flächendeckende diskriminierungskritische Strukturen. Um diese zu etablieren, braucht es ein ständiges Expert*innengremium der rassismuskritischen Praxis und Forschung, das regelmäßig zur Umsetzung von rassismuskritischen Strukturen berichtet und jährliche Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Hierzu gehört auch die Entwicklung von bindenden Standards und ein entsprechendes Monitoring der Lehrpläne und Schulbücher. Zudem wollen wir eine verpflichtende diskriminierungskritische Aus- und Weiterbildung in pädagogischen und sozialen Berufen und eine deutliche Steigerung von Lehrpersonal mit Vielfaltsbiografie, damit sich die Vielfalt in der Gesellschaft in den Bildungseinrichtungen widerspiegelt. Dabei müssen wir mehr Lehrpersonal gewinnen, das Deutsch als Zweitsprache unterrichten kann. Hierzu sind die akademischen Studiengänge auszubauen und deren Attraktivität zu steigern. In einer Übergangsphase müssen jetzt mögliche Quereinstiege mit berufsbegleitender Qualifikation in diesen Bereich ermöglicht werden.

**KINDERARMUT STÄRKEN
– ARMUT ABSCHAFFEN!**

Veröffentlicht von:

Bundesjugendwerk der AWO e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: (+49) 30-259 272 8-506
Fax: (+49) 30-259 272 8-60
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de